DER KOMMUNIST

Juni 1967
Nummer 4

Revolutionäres Arbeiterorgan

Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo. : S 30,--

DIE ARBEITERSCHAFT BRAUCHT EINE REVOLUTIONÄRE AVANTGARDE

Seit dem Erscheinen unserer Zeitschrift, haben wir schriftlich und in Diskussionen sehr oft Zustimmung, Unterstützung und die Versicherung aktiver Teilnahme an unserem Kampf bekundet bekommen.

Sehr oft wurden wir aber auch gefragt, welche Ziele wir verfolgen und welche Erfolge wir erhoffen.

Welche Ziele wir verfolgen haben wir versucht in unserer Erklärung (№1 April 1967 "Der Kommunist") darzulegen. Wir wollen durch unser Auftreten die Bildung einer Plattform betreiben, die es ermöglicht, in Österreich wieder eine Partei zu gründen, welche die revolutionäre Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse sein kann. Wir haben festgestellt, daß derzeit keine solche Partei existiert, es aber eine unbedingte Notwendigkeit ist, eine solche zu schaffen.

Das ist kurz gesagt, das was wir wollen.

Ob wir einen Erfolg erhoffen? Nun, wie sollen wir diese Frage beantworten? Es hängt ja nicht ausschließlich davon ab, daß jemand revolutionäre Ansichten propagiert und auf Grund seines Auftretens nun Sympathisierende gewinnt, die mit ihm mitmachen, sondern die Entwicklung revolutionärer Tendenzen ist auch bedingt von den objektiven Entwicklungsgesetzen.

Die Entwicklungsgesetze der Menschheit wurden von Marx analysiert und führten durch ihn zur Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, den Lenin schöpferisch weiterentwickelt hat und der durch Mao Tse-tung, den Erfordernissen unserer Zeit entsprechend, gegenwärtig auf die höchste Stufe gehoben wurde.

Die Lehren des Marxismus-Leninismus sind unsere Triebfeder und nichts Anderes sonst.

Daher führen wir unseren Kampf, weil wir ganz einfach der Überzeugung sind, daß es notwendig ist, in Osterreich eine gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, daß es aber auch nur eine Möglichkeit gibt, dies zu erreichen:

Durch revolutionären Kampf die Herrschaft des Kapitals gewaltsam zu stürzen, die Arbeitermacht zu erringen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Wir können es verstehen, wenn Genossen uns fragen, ob wir "Erfolge" erhoffen. Diese Frage ist ein Ausdruck der tiefen Zersetzung der Ideologie so mancher ehrlicher Kommunisten, die seit Jahren von den Revisionisten betrieben wurde.

Sicherlich, wir wollen "mehr" und "stärker" werden. Aber nicht auf Grund ideologischer Konzessionen - mit deren Hilfe die Revisionisten der KPÖ dies wollen - sondern ausschließlich dadurch, daß wir versuchen die Lehren des Marxismus-Leninismus in die Arbeiterschaft zu tragen, daß wir versuchen die Arbeiterschaft ideologisch zu festigen.

Wir wissen, daß dafür nicht zu jeder Zeit die günstigsten Voraussetzungen bestehen, aber wir wissen auch, daß dies zu jeder Zeit notwendig ist.

Der Kapitalismus ändert sich nicht. Er treibt unweigerlich zu Krise und Krieg, das entspricht seinem Wesen. Daher braucht die Arbeiterschaft zu jeder Zeit eine revolutionäre Avantgarde, die den Kampf gegen den Kapitalismus auf der unwiderlegbaren Grundlage des Marxismus-Leninismus führt.

Hat die Arbeiterschaft diese Avantgarde nicht, bedeutet dies, daß es für sie kein "Vorwärts" gibt, sondern es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß entstehende Unzufriedenheit in die Hände faschistischer Reaktionäre gelenkt wird.

Am 6. Marz 1966 haben wir ein Beispiel dafür erhalten wie leicht es reaktionären politischen Demagogen fällt, unzufriedene Arbeiter irrezuführen. Die Stimmen, die für die Olahpartei abgegeben wurden, waren zu einem großen Teil Stimmen unzufriedener Arbeiter.

Das Fehlen einer revolutionären Arbeiterpartei hat dazu geführt, daß diese Arbeiter politischer Demagogie zum Opfer fielen.

Wir wissen, daß unsere Aufgabe schwer ist, aber wir wissen auch, daß es bereits höchste Zeit dafür ist.

Nachdem sich der Kapitalismus mit Hilfe der SPÖ konsolidiert hat, schöpfte er in den vergangenen Jahren Riesenprofite ab. Nun sind aber die "fetten" Jahre vorbei und das Modewort "Konjunktur ist ungebräuchlich geworden.

Jetzt spricht man vom "Gesundschrumpfen" mancher Industriezweige, man spricht von "Konzentration", von der "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit" und vom "Abbau des Personalüberhangs."

Dahinter verbirgt sich aber nichts anderes als die Absicht der Bourgeoisie, ihre Profite auf Kosten der Arbeiter zu sichern; die Höchstprofite aufrecht zu erhalten in einer Zeit da in der Wirtschaft eine merkbare Stagnation eingetreten ist, deren Folgen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bereits spürbar werden.

Was meinen die Kapitalisten, wenn sie vom "Gesundschrumpfen" reden? Sie meinen das Zusperren sogenannter unrentabler Betriebe.

Was verstehen die Unternehmer unter "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit" ? Darunter verstehen sie die Senkung der Lohnkosten an der Ware.

Und während die SP-Führer davon reden "es seien wieder einmal Opfer zu bringen im Interesse der Wirtschaft", während die KP-Revisionisten "strukturelle Änderungen" der Wirtschaft verlangen (so als ob die un-

erbittlichen ökonomischen Gesetze des Kapitalismus subjektiv beeinflußbar wären, durch "Konjunkturspritzen etwa), sind die Kapitalisten zu einem Großangriff gegen die Lebenshaltung und die sozialen Rechte der Arbeiter angetreten.

Eine riesige Teuerungslawine wurde ins Rollen gebracht, der Mieterschutz im gefährlichen Ausmaß durchlöchert, Angriffe auf die Krankenversicherung drohen, usw.

In dieser Zeit gibt es in Österreich keine revolutionäre Partei, die ehrlich die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Daher müssen wir so eine Partei schaffen!

Wir arbeitenden Menschen haben in den "fetten Jahren" trotz aller Anstrengungen, trotz Überstunden und Pfuscharbeit, immer weniger von dem bekommen, was wir geschaffen haben.

Jetzt aber, wo die"mageren Jahre" kommen,wollen uns die Herrschaften, die die kapitalistische Wirtschaft kommandieren, die Lasten der vom kapitalistischen System verschuldeten Krise aufhalsen.

D a r a u s d a r f n i c h t s w e r d e n , d a g e g e n m ü s s e n w i r u n s w e h r e n ! S c h a f f e n w i r d i e r e v o l u t i o n ä r e A v a n t g a r d e !

* * * * * * * * * * *

Solidaritätskundgebung mit dem griechischen Volk.
+++

In einer eindrucksvollen Protestkundgebung demonstrierten in den Mittagsstunden des 4. Mai Wiener Antifaschisten, Arbeiter, Studenten und griechische Antifaschisten gegen den faschistischen Putsch in Griechenland.

Der Demonstrationszug bewegte sich von der Universität über die Ringstraße in Richtung Karlsplatz zur griechischen Botschaft, wo eine Protestnote überreicht werden sollte. Die Polizei wollte die Demonstranten auf den Gehsteig verweisen, doch der Marsch auf der Ringstraße wurde gegen den Willen der "Ordnungshüter" durchgesetzt. Auf der Opernkreuzung wurde ein kurzer Sitzstreik durchgeführt. In Sprechchören und auf Transparenten wurde leidenschaftlich das faschistische Putschregime in Athen angeprangert.

Vor der griechischen Botschaft wurden die Demonstranten von der Polizei, die Verstärkung herbeigeholt hatte, mit Fußtritten und dem Gummiknüppel empfangen. Wahllos schlug die Polizei auch auf Frauen und Mädchen ein. Ein Redaktionsmitglied unserer Zeitung ergriff das Wort. Er prangerte die Schlägermethoden und brutalen Übergriffe der Polizei an und bekundete sodann den leidenschaftlichen Protest der Demonstrationsteilnehmer gegen das Athener Putschregime. Er gab der tiefen Solidarität mit dem griechischen Volk, mit den verhafteten Antifaschisten, den besten Söhnen und Töchtern des Volktes, Ausdruck. Mit der Forderung: Nieder mit dem faschistischen Putschregime, weg mit den Militärgerichten, Freiheit für das Volk, Freiheit für Menolis Glezos, Freiheit für alle Antifaschisten und Demokraten schloß die eindrucksvolle Kundgebung. Sodann ertönte aus den Kehlen der Teilnehmer die "Internationale".

Der monarcho-faschistische Putsch

Was sich in Griechenland abgespielt hat und weiterhin abspielt, ist zutiefst erschütternd, aber es ist gleichzeitig äußerst lehrreich.

Seitdem der Freiheitskampf des griechischen Volkes durch die Landung englischer und amerikanischer Interventionstruppen, unter schamloser Assistenz des Renegaten Tito, zeitweilig abgewürgt worden war, hat dieses Land nicht einmal die Phase einer bürgerlichen Demokratie erlebt.

Im Laufe der letzten Jahre gab es allerdings unter dem Druck der Massen gewisse Anzeichen einer solchen bürgerlich-demokratischen Entwicklung, obwohl die herrschende Klasse vom amerikanischen und britischen Imperialismus gestützt, kaum einen Zweifel offen ließ, wie sie im entscheidenden Augenblick zu reagieren gedachte.

In dieser widerspruchsvollen Situation beginnen die Revisionisten, besessen von der Fiktion des "friedlichen Überganges" ein politisches Verbrechen par excellence: sie legalisierten die Kader der Arbeiterbewegung. Es ist bekannt, daß sich diese Dinge unter dem intensiven Druck der Sowjetmanager vollzogen. Der griechische Staatsapparat war also zur Zeit des Putsches im Besitz vollständiger Listen seiner Gegner.

Die Folgen dieser "Verführung" sind uns allen hinreichend bekannt. Wer nun aber meint, daß die Revisionisten das Vorgefallene selbstkritisch überdenken würden, der sieht sich enttäuscht; vielmehr hat man sich dazu entschlossen, zu den Faschisten betteln zu gehen, obwohl die Geschichte der Arbeiterbewegung reich an Beispielen dafür ist, daß solche Betteleien nicht honoriert werden.

Eine französische Delegation, der auch ein Mitglied der "KP" Frankreichs angehörte, wurde, wie wir vernehmen konnten, von dem faschistischen Innenminister Griechenlands freundlichst empfangen. Nach ihrer Rückkehr ließ die Delegation verlauten, daß kein Widerstand gegen die Staatsgewalt zu erwarten sei, die griechische Regierung jedoch durch Resolutionen beeinflußbar wäre.

Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, wie sehr sich unsere griechischen Genossen über dieses sozialdemokratische Gewinsel freuen werden! Wem von uns ist nicht bekannt, wie viele ähnliche Delegationen in Hitler-Deutschland mit freundlichem Lächeln empfangen wurden? Es zeugt von der tiefen Entartung dieser revisionistischen Pseudo - Humanisten unserer Tage, daß sie die Psychologie des faschistischen Raubtieres nicht mehr in Rechnung stellen; sie wollen eben um jeden Preis mit ihm gemeinsam "überleben".

Das griechische Volk ist ein Opfer des Faschismus geworden, es wurde in gleicher Weise ein Opfer revisionistischer Illusionen. Aber dieses griechische Volk verfügt über alte kämpferische Traditionen und wird sie zu nützen verstehen, es wird erkennen lernen, wo der Freund und wo der Feind steht, es wird erkennen, daß nun, da der Klassenfeind seine konstitutionelle Maske abgeworfen hat, die politische Macht aus den Läufen der Gewehre kommt.

Wir sind der festen Überzeugung, daß das griechische Volk im allgemeinen und das griechische Proletariat im besonderen aus dem Stahlbad des Faschismus gehärtet hervorgehen werden.

ES LEBE DAS KÄMPFENDE GRIECHISCHE VOLK!

Der „rote“ Papst in Fatima

Vor fünfzig Jahren, als in Rußland die Revolution in vollem Gange war, erschien im kleinen Ort FATIMA in Portugal drei Kindern die Jungfrau Maria. Diese "Erscheinung" erklärte dann unter anderem recht aktuell, "man möge Rußland wieder christlich machen".....

Seit damals und besonders seit der Errichtung der faschistischen Diktatur Salazars, war und ist Fatima d e r antikommunistische Wallfahrtsort. Dort trifft sich alljährlich ein internationales Geschmeiß von Ultrareaktionären und Faschisten katholischer Konfession.

Es ist bezeichnend, daß z.B. in Frankreich eine ultrareaktionäre Bewegung, die sich gegen die "Modernisierung" der katholischen Kirche wendet, den Namen "FATIMA" trägt.

Um nun der fünfzigjährigen Wiederkehr dieses "Marienwunders" besonderen Glanz zu verleihen, um auf seine Art den fünfzigsten Jahrestag der russischen Revolution zu feiern, beschloß Papst Paul VI., zu diesem Bollwerk antikommunistischen Geistes zu pilgern.

Er scherte sich dabei ebenso wenig um die Proteste der blutig unterdrückten Opposition in Portugal, die sich zum Teil selbst zum Katholizismus bekennt, wie um die Proteste der Freiheitskämpfer in den portugiesischen Kolonien Afrikas, unter denen sich viele gläubige Katholiken befinden.

Er machte sich aber auch nichts aus der Verlegenheit der Revisionisten, die ihm in ihren Artikeln und Erklärungen geradezu taxfrei zu einem "Roten" ernannt hatten. Er war ja bereit gewesen, "huldvollst" den Oberrevisionisten Podgorny zu empfangen und schließlich die s o o soziale Enzyklika PROGRESSIO POPULORUM (Fortschritt der Völker) zu erlassen.

Diejenigen, welche sich in den revisionistischen Blättern die Finger wund schreiben, über diesen päpstlichen Erlaß, wußten, daß es pure Heuchelei ist, wenn der oberste Herr des Vatikans, der durch seine "Bank zum heiligen Geist" (das ist kein Witz, die Bank nennt sich wirklich so) ein Vermögen von über zehn Milliarden Dollar besitzt, die Reichen tadelt, "die mehr besitzen, als sie notwendig haben"; sie wußten, daß es mehr als Heuchelei ist, wenn der Papst, als Chef der Römischen Kurie Herr über einen Grundbesitz von mehr als 400.000 ha, Großgrundbesitzer tadelt, "weil sie ihren Besitz mißbrauchen."

Aber das macht ihnen alles nichts aus. Denn ebenso, wie der Papst in seiner Enzyklika mit salbungsvollen Worten versucht, den unterdrückten Völkern klarzulegen, daß der bewaffnete Kampf gegen die imperialistischen Unterdrücker eine Sünde sei, versuchen sie mit ihren "Thesen vom friedlichen Weg" die unterdrückten Völker vom Kampf abzuhalten.

Sicherlich wäre es diesen "Kommunisten" lieber, der Papst würde weiterhin im Gewand des "Freundes der Armen und Unterdrückten" dahinschreiten, um mit ihm und seinen Bischöfen weiterhin den "Weltfrieden" sichern zu können, was weiterhin imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet.

Aber leider, leider! Die Enzyklika wurde ja doch vielfach "mißverstanden"; die Bourgeois wurden unruhig, denn so mancher Hungernde und Ausgebeutete in katholischen Ländern glaubte, aus ihr das Recht der Revolte gegen die Reichen und Ausbeuter herauslesen zu können.

Da genügten keine Erklärungen diverser Theologen und keine Artikel in den bourgeoisen Zeitungen mehr, um zu beweisen, daß sich im Vatikan kein "friedlicher Weg zum Sozialismus" abspielt und alles beim Alten geblieben ist. Da mußte der Papst selbst in die Bresche springen.

Er mußte der Welt zeigen, daß er auf Seiten eines Kardinals Spellmann und der anderen militanten Pfarrer steht, welche die amerikanische Soldateska in Vietnam als Soldaten Christi bezeichnen; diese Soldaten eben, die vietnamesische Menschen ermorden, unter denen sich viele gläubige Katholiken befinden, und deren Kirchen sie zerstören.

Der Papst mußte der Welt offen zeigen, daß er auf Seiten der blutigen Franco und Salazar - den einen begrüßte er feierlich beim Überfliegen Spaniens, den anderen empfing er in Audienz in Fatima - und den mit ihnen zusammenarbeitenden Bischöfen steht und nicht auf Seiten der gegen das faschistische Regime rebellierenden Massen und der eingekerkerten Antifaschisten, unter denen sich viele Priester befinden. Aus diesem Grund unternahm Papst Paul VI den Flug nach Fatima.

Manche Naive hofften noch, er würde dort etwas "Schönes" über die Freiheit sagen. Er sagte auch etwas und zwar "über die Unterdrückung der Freiheit in den Ländern, in denen die Gottlosigkeit als Wahrheit verkündet werde". Damit alles klar sei........

Immer klarer wird es, daß sich eine unheilige Dreieinigkeit gebildet hat zwischen dem Imperialismus und seiner Stütze dem Vatikan sowie dem Revisionismus. Zur Aufrechterhaltung des Weltimperialismus, des Hungers und der Armut, der Ausbeutung und der Unterdrückung.

Es ist aber jetzt schon klar, daß revisionistische Theorien und päpstliche Enzykliken ebenso wenig wie Bomben und Napalm die Völker auf die Dauer werden unterdrücken können.

Der siegreiche Kampf Vietnams, der immer mehr an Umfang zunehmende Kampf der Dschungelkämpfer in Afrika und Lateinamerika, die mit der Waffe in der Hand den Imperialismus und seinen Schergen erfolgreiche Schlachten liefern, und das Entstehen von revolutionären Bewegungen und Gruppen in den kapitalistischen Industrieländern zeigen, daß die Einheit der Arbeiter, Bauern und linken Intelligenz die Welt in historisch kurzer Zeit von Imperialismus und Kapitalismus befreien wird.

=_=_=_=_=_=

NOCH EIN " STAR-PILGER" IN FATIMA

Das Paradepferd der revisionistischen Sowjetliteratur -

J E W T U S C H E N K O

Jewtuschenko, dieser Spitzenreiter der revisionistischen "Lyriker", geht in letzter Zeit häufig auf Vortragstourneen ins Ausland.

Seine Reisen, die er ja nur mit Einwilligung der Sowjetbehörden durchführen kann, sagen mehr über das wahre Gesicht des Revisionismus aus, als alle langen theoretischen Abhandlungen.

Von Oktober bis November 1966 führte er eine Tournee in den USA durch, wo er seine, die Revolution und die Zeit Stalins verunglimpfen-

den "Verse" einem entzückten Publikum vortragen konnte. Seine Vorträge waren wertvolle Hilfe für die amerikanischen Kriegstreiber, die sich zu dieser Zeit gerade gegen machtvolle Demontrationen gegen den Vietnamkrieg wehren mußten.

Einmal in Schwung geraten, reiste dieser Propagandist revisionistischen Verrats nach Franco-Spanien, wo er seinen konterrevolutionären Dreck in einem Kapuzinerkloster vortrug. Er äußerte sich in begeisterten Tönen über die Kapuziner im besonderen und über Franco-Spanien im allgemeinen und meinte, es müßten unbedingt kulturelle Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Spanien hergestellt werden. Und nachdem er noch erklärt hatte, die Poesie " sei wie ein Vogel, sie kenne keine Grenzen"...., flog dieser komische Vogel Jewtuschenko nach Fatima, wo er einen Tag mit den Pilgern verbrachte.

Wie nicht anders zu erwarten, der "Poet" war "überwältigt" und er äußerte, er würde "darüber schreiben".

Jeden weiteren Kommentar über die brechreizerregende Angelegenheit kann man sich sparen. Nur eines ist noch zu bemerken: Jewtuschenko wurde jetzt auch in den Vorstand des sowjetischen Schriftstellerverbandes gewählt.

ERDÖL

"Protestdemonstration" der ÖMV-Betriebsräte

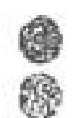
Eine Demonstration der Betriebsräte und Ersatzbetriebsräte der ÖMV zum Bundeskanzler sollte den Willen der Erdölarbeiter zum Ausdruck bringen, die Auslieferung der österreichischen Erdölwirtschaft an die ausländischen, sprich anglo-amerikanischen Erdölimperialisten zu verhindern.

So wie überall in der Welt zeigt der Imperialismus auch in Osterreich an der Erdölwirtschaft sein besonderes Interesse. Kein Wunder, die Erdölwirtschaft bringt nicht nur Höchstprofite ein, sondern ist auch für die moderne Kriegführung unerläßlich.

Seit dem Bestehen einer österreichischen Erdölwirtschaft - besser gesagt, bereits vor ihrer Geburtsstunde, der Übergabe der vormals sowjetisch verwalteten Erdölbetriebe im Zuge des Staatsvertrages an Österreich - versuchten die anglo-amerikanischen Erdölimperialisten diese Betriebe in ihre Hand bzw. unter ihre Kontrolle zu bringen.

Der entscheidende Schritt dazu ist ihnen auch bereits im Jahre 1955 gelungen, als in Verbindung mit dem Staatsvertrag zwischen der österreichischen Regierung und den Vertretern der anglo-amerikanischen Erdölkonzerne ein Geheimvertrag - das berüchtigte Wiener Memorandum - abgeschlossen wurde.

Das Wiener Memorandum sicherte und sichert noch immer den Erdölimperialisten den entscheidenden Einfluß auf unsere Erdölwirtschaft. Wenn sie nicht immer und nicht alle ihre Wünsche durchsetzen konnten, lag das einzig und allein am Kampf der Erdölarbeiter gegen das Wiener Memorandum in den Jahren bis 1960.



Der geheime Schandvertrag "Wiener Memorandum" ist der entscheidende Faktor bei der Beurteilung des Kampfes für eine unabhängige, nationale österreichische Erdölwirtschaft.

Das Wiener Memorandum wurde von zwei Partnern unterzeichnet. Von den imperialistischen Erdölmonopolen und von der österreichischen Regierung, damals noch eine Koalitionsregierung.

Wenn die österreichische Regierung damals gewollt hätte, wäre es leicht gewesen, die Forderungen der Erdölimperialisten zurückzuweisen.

Aber die österreichische Regierung hatte diese Absicht ja gar nicht. Denn da hätte die Bevölkerung informiert werden müssen, die antiamerikanische Stimmung wäre gestiegen, es hätte die Gefahr bestanden, daß große Teile, vor allem der arbeitenden Bevölkerung, die imperialistische Gefahr erkannt hatten. Und das durfte nicht sein. Als treue Handlanger des internationalen Monopolkapitals erfüllten die österreichischen Kapitalisten die Forderungen der Erdölmonopolisten.

Sie verrieten die nationalen Interessen Österreichs, um weiterhin den Schutz des internationalen Kapitals zu genießen, fühlten sie sich doch damals noch nicht stark genug, um einer entschlossenen revolutionaren Arbeiterbewegung begegnen zu können.

Es steht außer Zweifel, daß die SP-Führer, als treue Koalitionspartner der Kapitalisten, über alles informiert waren. Am Abschluß des Wiener Memorandums sind sie genauso schuldig wie die ÖVP.

Nur wenn die Mitschuldigen am Ausverkauf der österreichischen Erdölwirtschaft in Österreich selbst entlarvt und bekämpft werden, besteht die Möglichkeit, daß die Erdölarbeiter in ihrem Kampf um die Interessen des gesamten österreichischen Volkes erfolgreich sein können.

x x x x x

Nach Abschluß des Wiener Memorandums versuchten die anglo-amerikanischen Erdölimperialisten, im ersten Anlauf die Erdölbetriebe in ihre Hand zu bekommen. Vom entschlossenen Kampf der Erdölarbeiter, der in weiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung Widerhall fand, gezwungen, mußten die Erdölmonopolisten ihre Wünsche jedoch zurückstecken.

Wenn es heute überhaupt noch Teile einer österreichischen Erdölwirtschaft gibt, so war es ein Verdienst dieses Kampfes.

Die Erdölarbeiter führten diesen Kampf zur Sicherung ihrer materiellen Interessen, aber vor allem im Interesse des österreichischen Volkes. Und das war das Entscheidendste an diesem Kampf.

Trotz dem Widerstand der ÖVP und der SPÖ in der Regierung, obwohl die Gewerkschaftsführung abseits stand, wurde dieser Kampf geführt. Er war von revolutionärem Elan getragen, der damals den Erdölarbeitern eigen war und ihm hatten sich mit Ausnahme der Bonzen alle Arbeiter, unbeschadet der Parteizugehörigkeit, angeschlossen. In groß angelegten Aktionen wurde die Bevölkerung informiert und unter diesem Druck steckten Regierung und Erdölmonopole zurück.

Seit damals haben sich die Zeiten geändert. Den Methoden zur Zersetzung der Ideologie der Arbeiter, die von der Kapitalistenklasse und der SP-Führung angewendet wurden, wurde durch die KPÖ immer weniger Widerstand entgegengestellt. Kein Wunder, daß die revisionistische Entartung immer weitere Kreise der Kommunisten erfaßte. Und heute, zwölf Jahre nach der Übergabe an Österreich, steht die Erdölwirtschaft vor der entgültigen Auslieferung an die anglo_amerikanischen Erdölimperialisten.

Zwischen den Erdölmonopolen und der österreichischen Regierung wird der Abschluß sogenannter "Pipeline-Verträge" abgesprochen. Der Abschluß dieser Verträge sichert den Erdölimperialisten die Herrschaft über die gesamte österreichische Erdölindustrie. Gegen diese Verträge - in ihrer derzeitigen Form - richtete sich die Demontration der Betriebsräte.

Um was geht es? Ganz einfach: die Deckung des steigenden Bedarfs an Erdölprodukten - in einigen Jahren werden es ca 10 - 12 Millionen Tonnen jährlich sein - soll fast zur Gänze den anglo-amerikanischen Erdölimperialisten überlassen werden. Ein fettes Geschäft, das Milliarden einbringt. Dieses Geschäft wollen sich die Erdölmonopole durch die Pipeline-Verträge sichern,

- indem sie sich die Verfügungsgewalt über das importierte Rohöl sichern wollen;
- indem sie den Bau von Raffinerien betreiben wollen, die sich in ihren Händen befinden werden;
- indem sie ihre Vormachtstellung auf dem Vertriebssektor - rund 80% des Tankstellennetzes in Österreich besitzen oder kontrollieren bereits jetzt die ausländischen Monopole - dazu benützen wollen, die verbliebene österreichische Erdölwirtschaft zur Gänze in ihre Gewalt zu bekommen.

Jetzt ist es so, daß der Bedarf an Erdölprodukten in Österreich zu ungefähr 75% über die verstaatlichte ÖMV gedeckt wird. Denn auch die Tankstellen der ausländischen Monopole Shell, Mobil, Esso usw. verkaufen österreichisches Benzin. Dies auf Grund von Verträgen mit der Österreichischen Rohölgesellschaft, in denen sie dazu verpflichtet werden.

Diese Verträge haben in der Vergangenheit den Erdölimperialisten ebenfalls gute Geschäfte ermöglicht. Sie waren nicht so lukrativ, wie die Ausländer es wünschten - zu dieser Zeit führten die Erdölarbeiter ja den Kampf gegen das Wiener Memorandum - aber jetzt laufen diese Verträge ab. Und jetzt soll es nach dem Willen der Erdölimperialisten "anders" werden.

Die Vorarbeiten dazu haben sie geleistet, tatkräftigst unterstützt dabei von ihren österrichischen Handlangern.

- In großen Gebieten Österreichs haben sie sich Schurfrechte gesichert.
- Alle Raffinerien - ausgenommen die Raffinerie Schwechat - wurden zurückgegeben oder geschlossen.
- Der Vertriebsapparat für Erdölprodukte befindet sich zu ca 80% in ihren Händen.
- Die Produktion auf den österreichischen Ölfeldern ist rückläufig und "kann auch nicht mehr gesteigert" werden, wie "Fachleute" behaupten. In Wirklichkeit wird diese Behauptung aber nur aufgestellt, um die Notwendigkeit der Errichtung einer Pipeline zu unterstreichen.
- Und das Entscheidendste: In die Kommandostellen der ÖMV und auf alle wichtigen Posten wurden Leute eingeschleust, die ihre Arbeit nach den Interessen der ausländischen Monopole ausrichten.

Die Situation ist ernst. Der Abschluß der Pipeline - Verträge gefährdet tausende Arbeitsplätze, stellt die sozialen Rechte der Erdölarbeiter in Frage.

Fortsetzung auf Seite 15

Internationales Mosaik

WAFFENHILFE UM 110 MILLIONEN DOLLAR FÜR DEN IRAN.

Diese Waffenhilfe gewährte nicht etwa der CENTO - Pakt-Verbündete Persiens, die USA, sondern die Sowjetunion.

In Persien herrscht ein reaktionäres Feudalregime, das sich voll und ganz dem USA - Imperialismus unterordnet und ihm Dienste leistet. Das Regime des Schah unterdrückt blutig jede Regung des Volkes, das seine Lage verbessern will. Immer wieder werden Kommunisten und aufrechte Patrioten von geheimen Militärgerichten zum Tode verurteilt und erschossen. Jetzt vielleicht schon mit waffen aus der Sowjetunion.

Die Waffen, die von der Sowjetunion an das reaktionäre Regime in Persien geliefert werden, dienen jedoch nicht nur zur Unterdrückung des persischon Volkes, sondern sie sind auch eine indirekte Hilfe für den USA-Imperialismus in seinem bestialischen Kampf gegen das vietnamesische Volk. Denn Persien unterstützt aktiv den Kampf der Amerikaner in Vietnam. Große Mengen Treibstoff gehen von Iran direkt nach Vietnam und eine große Anzahl von iranischen Ärzten ist in Vietnam für die USA Aggressionsarmee tätig. Unmittelbar wird der Einsatz persischer Truppen in Vietnam vorbereitet. Ausgerüstet werden sie mit sowjetischen Waffen sein.

Während der Schah in Teheran die Befehle erteilt zur Hinrichtung von Kommunisten, wird er zum Ehrendoktor diverser Universitäten in den Volksdemokratien ernannt und in Moskau mit allen Ehren empfangen. - Die Revisionisten scheuen sich immer weniger vor offenem Verrat.

INDIEN ERSUCHT UM "ATOMSCHUTZ".

Den Atomsperrvertrag, den die USA-Imperialisten mit der revisionistischen Führungsclique der Sowjetunion vorbereiten, gibt auch der reaktionären indischen Regierung Gelegenheit, für ihre Unterschrift unter diesen Vertrag ein fettes Geschäft herauszuschlagen. Vom Geschäft wird in der Öffentlichkeit natürlich nicht viel gesprocheen, umso mehr von der angeblichen Bedrohung Indiens durch das sozialistische China.

Unter dem Vorwand einer "nuklearen Bedrohung durch China" ausgesetzt zu sein, wurden sowohl mit der Sowjetunion, als auch mit den USA Verhandlungen geführt über eine "Garantie gegen einen Atomangriff".

In Wirklichkeit spielt die reaktionäre indische Regierung damit den Handlanger für die Politik der militärischen Einkreisung Chinas.

Die Sowjetrevisionisten und die amerikanischen Imperialisten waren über die Haltung der indischen Regierung höchst befriedigt und belohnten sie auch.

Die Revisionisten in Moskau veranstalteten unter dem Vorwand des 20.Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion einen riesigen Propagandarummel, um das Prestige der reaktionären Regierung Indiens zu heben.

Die USA-Imperialisten versprachen neue "Hilfe" in der Höhe von 1300 Millionen Dollar. Diese"Hilfe" sichert allerdings der USA den weitgehendsten Einfluß in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.
Aber der Widerstand des indische Volkes gegen den Verrat seiner teressen wächst und es wird sie

Tod den USA-Imperialisten —
Das VOLK von Vietnam wird siegen

PRÄSIDENT HO CHI MIN'S ANTWORT

AN US PRÄSIDENTEN L.B.JOHNSON.

Eure Exzellenz,

Ich habe am 10.Feber 1967 Ihre Botschaft erhalten. Hier meine Antwort:

Vietnam ist Tausende von Meilen von den Vereinigten Staaten entfernt. Das Volk von Vietnam hat den Vereinigten Staaten niemals Böses getan. Aber im Gegensatz zu den Versicherungen der Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten bei der Konferenz in Genf im Jahre 1954 hat die Regierung der US ununterbrochen sich in Vietnam eingemengt, hat den Aggressionskrieg in Südvietnam vom Zaun gebrochen und intensiviert, um die Teilung Vietnams zu verlängern und um Südvietnam zu einer Neo-Kolonie und Militärbasis der USA zu verwandeln. Seit mehr als zwei Jahren hat nunmehr die US Regierung mittels ihrer Luft- und Seestreitkräfte den Krieg in die Demokratische Republik von Vietnam, einem unabhängigen und souveränen Land getragen.

Die Regierung der US hat Kriegsverbrechen begangen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschheit. In Südvietnam haben eine halbe Million US- und Satelittentruppen die unmenschlichsten Waffen und die barbarischesten Methoden der Kriegsführung angewandt, wie: Napalm, Giftchemikalien, Giftgase, um unsere Mitbürger zu massakrieren, Ernten zu vernichten und Dörfer dem Boden gleich zu machen. In Nordvietnam haben Tausende von US Flugzeugen mit Hunderttausenden Tonnen Bomben Städte, Dörfer, Fabriken, Straßen, Brücken, Dämme und auch Kirchen, Pagoden, Spitäler und Schulen zerstört. In Ihrer Botschaft haben Sie anscheinend die Leiden und die Zerstörungen in Vietnam beklagt. Darf ich Sie fragen: Wer hat diese ungeheuerlichen Verbrechen begangen? Die US- und Satelittentruppen. Die Regierung der US ist allein verantwortlich für die außerordentlich ernste Situation in Vietnam.

Der Aggressionskrieg der US gegen das vietnamesische Volk ist eine Herausforderung an die Länder des sozialistischen Lagers, eine Bedrohung der nationalen Befreiungsbewegung und eine ernste Gefahr für den Frieden in Asien und der Welt.

Das vietnamesische Volk liebt Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden zutiefst. Aber angesichts der Aggression durch die USA hat es sich wie ein Mann erhoben, weder Opfer noch Entbehrungen fürchtend; es ist entschlossen, seinen Widerstand fortzusetzen, bis es wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit und echten Frieden errungen hat. Unsere gerechte Sache hat die starke Sympathie und Unterstützung der Völker der ganzen Welt, einschließlich breiter Teile des amerikanischen Volkes.

Die US-Regierung hat den Aggressionskrieg in Vietnam vom Zaun gebrochen. Es muß die Aggression einstellen. Das ist der einzige Weg, um den Frieden wiederherzustellen. Die US-Regierung muß endgültig und bedingungslos ihre Bombenangriffe und alle anderen Kriegshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam einstellen; alle US- und Satelittentruppen aus Südvietnam zurückziehen; die Nationale Befreiungsfront Südvietnams anerkennen; und das vietnamesische Volk seine Angelegenheiten selbst regeln lassen.

In diesen vier Punkten ist der grundsätzliche Standpunkt der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam dargelegt, welche die wesentlichen Grundsätze und Forderungen der Genfer Vereinbarung über Vietnam vom Jahre 1954 beinhaltet. Es ist die Grundlage einer korrekten politischen Lösung des Vietnamproblems.

In Ihrer Botschaft schlugen Sie direkte Gespräche zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten vor. Wenn die US Regierung ernsthaft diese Gespräche wünscht, dann muß sie vorerst ihre Bombenüberfälle und alle anderen Kriegshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam bedingungslos einstellen.

Nur nach der bedingungslosen Einstellung der US Bombenüberfälle und aller anderen Kriegshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam könnten Gespräche zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten beginnen und Fragen, die beide Teile betreffen, erörtert werden.

Das vietnamesische Volk wird sich niemals der Gewalt unterwerfen; Es wird niemals Gespräche unter der Drohung von Bomben annehmen.

Unsere Sache ist ganz und gar gerecht. Es ist zu hoffen, daß die US Regierung in Übereinstimmung mit der Vernunft handeln wird

Hochachtungsvoll

(Übersetzung aus dem Englischen) HO CHI MINH

= =o=o=o=o= =

<u>DIE AMTLICHE WIENER ZEITUNG MELDET</u>:

17.5. Gnadenloser Krieg in Vietnam. Verluste auf beiden Seiten sehr hoch. US Bomber ü b e r C H I N A abgestürzt. Das Flugzeug war zuletzt am Montag auf einem Kurs gesehen worden, der es "unbeansichtigt in die Nähe der nordvietnamesisch-chinesischen Grenze geführt haben könnte" hieß es in Washington. Über das Schicksal der zwei Mann Besatzung war nichts bekannt. Amerikanische Flugzeuge werfen täglich rund 3000 t Bomben über Vietnam ab, doch diese massive Bombardierung konnte offensichtlich weder beim Vietkong noch bei den nordvietnamesischen Regierungstruppen die Kampfbereitschaft oder die Kampfmoral spürbar beeinträchtigen.

18.5. Nordvietnamesen in der Offensive. Im Zentrum der Kämpfe stand das amerikanische Sonderlager Con Thien. Den Nordvietnamesen ist es gelungen, das Lager einzuschließen. Versuche einer US Marineinfanteriekompanie, aus der Umklammerung auszubrechen, scheiterten, ebenso die Vorstöße anderer US Truppen zum Entsatz des Lagers. Die Kämpfe sollen äußerst hart und verlustreich sein.

19.5. Kommunistische Offensive hält an. Mit Raketen und Granatwerfern nahmen die Kommunisten die Leitzentrale für die Operationen der US Marineinfanterie in Dong Ha fast drei Stunden lang unter schwerem Beschuß.

20.5. Weitere Eskalation des Vietnamkrieges. Amerikaner rückten in entmilitarisierte Zone ein. Zwei Luftangriffe auf Hanoi an einem Tag.

21.5. 15.000 amerikanische und südvietnamesische Soldaten, die in den letzten Tagen in die Pufferzone zwischen Nord- und Südvietnam eingerückt waren, sind auf heftigen Widerstand gestoßen. Bei den Luftkämpfen über Hanoi sind am Freitag mindestens 7 amerikanische und 4 nordvietnamesische Flugzeuge abgeschossen worden.

(Sperrung von uns).

=-=-=-=-=

DIE LESER SCHREIBEN

Die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft. Sie ist am meisten begierig zu lernen und am wenigsten konservativ im Denken; und dies besonders im Zeitalter des Sozialismus!

Beim Lesen dieser Zeilen Mao Tse-tungs in der "Peking-Rundschau", fiel mir wieder der CSSR-Film "Die Liebe einer Blondine" ein, der mir immer noch unvergessen ist, wegen der Enttäuschung, die er mir bereitet hat.

Das sollte das Abbild der CSSR-Jugend nach fast zwanzig Jahren Sozialismus sein, fragte ich mich? Dieser Film gepriesen und empfohlen von Volksstimme (Rothmayer) sollte gut sein? Oder habe ich mich wieder geirrt in der Einschätzung und Erwartung des sozialistischen Problems?

N E I N ! An diesem Film waren Kräfte am Werk, die den Sozialismus und seine Menschen erniedrigen, Gegner, die zum offenen Schlag ausholen, Konterrevolutionäre, die an der Beseitigung des sozialistischen Systems arbeiten!

Das ist die Erkenntnis, die mir dieser Film vermittelte. Wie sonst ist dieses Filmgeschehen zu verstehen, das in der Wiener Presse soviel Anerkennung fand? (Auch in der Volksstimme).

Mao spricht von einer Jugend, welche die aktivste und lebendigste Kraft ist, die am meisten begierig zu lernen und am wenigsten konservativ im Denken ist, besonders im Zeitalter des Sozialismus.

Der CSSR-Film zeigt aber eine Jugend, die sinnlos - wohl aber sehr sinnlich, ziellos - weil verblödet, körperlich und geistig verwahrlost - weil ohne Kultur, nur mit Beat-Musik von früh bis spät gefüttert, dahin vegetiert.

Der Film zeigt ein stumpfes, trostloses Arbeitsmilieu in einer Schuhfabrik, das an die Schrift Engels' "Lage der arbeitenden Klassen Englands", erinnert.

In einer Wohnung, die ebenfalls dieser Schrift entnommen sein könnte, sitzen, nein lümmeln am Abend die Eltern dieser Jugend ebenso stumpf beim Fernsehen, das sein Bestes gibt, um ihre Ohnmacht zu vertiefen.
In diesem Milieu schleppt sich nun die.. Blondine durch die Stationen dieses

ZWEI MELDUNGEN

In Polen wurde ein Jugendlicher zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er im betrunkenem Zustand grundlos zwei vorbeigehende Passanten erstochen hat.

In der CSSR verursachten randalierende Jugendliche, anläßlich des Auftretens der Beat-Gruppe "Rolling-Stones", einen Skandal, der um nichts ähnlichen Vorfällen in den kapitalistischen Ländern nachstand. Gegen die Zerstörungswut der Jugendlichen mußte ein Massenaufgebot der Polizei eingesetzt werden.

tristen "sozialistischen" Lebens. Bis sie sich endlich - dem Pu likums geschmack entsprechend - nackt darbietet, um das zu tun, was hier als Liebe betitelt wurde.
Schließlich muß der Film ja auch ein Kassenschlager sein, nach dem neueingeführten Gewinnprinzip.

Nach diesem "Liebeserlebnis" vertieft sich ihr "Liebesleid", bis sie verzückt in ihre Phantasie, die Tatsachen verdrehend, dem Beobachter, mit dem "Ave Maria" von Gounod als Ausklang, entzogen wird.

> Also nicht der Sozialismus, die sozialistische Gesellschaft kann den Menschen Hoffnung geben, nein, das "Ave Maria" soll die Hoffnung des Menschen sein.

Bravo, wieviele Fliegen noch auf einen Schlag. Wahrhaftig, die Konterrevolution ist ein tapferes Schneiderlein, werden die Revisionisten demnächst erzählen. Selbst wenn der Film Wirklichkeit sein soll, wie kann diesen jungen Menschen, die geschlagen und entmutigt sind, geholfen werden? Mit diesen Film der die Jugend der CSSR und den Sozialismus diskreditiert? Oder gibt es dort keinen Sozialismus mehr? Hat die Reaktion die Führung bereits übernommen?

Aus der CSSR, dem Land, das einen Julius Fucik hatte, der sein Leben für den Sozialismus bewußt hinschlachten ließ, kommt so ein Film?

Die Enttäuschung über diesen Film hat mich geläutert, allerdings nicht so wie der Film will und die Blondine es "beispielgebend" tat. Dieser Film weist einen gefährlichen Weg, den Weg ins Chaos, in den verfaulenden Kapitalismus.



Der rote Junge Pionier Wang Li-tjing, der sein eigenes Leben gab, um einen anderen zu retten.

Mögen die Produzenten dieses Films und ihre Hintermänner zur Kenntnis nehmen, daß es junge Menschen gibt, die sich mit solchen Machwerken nicht abfinden werden. Es gibt eine Jugend, wie sie Mao Tse-tung geprägt hat.

Und diese Jugend geht fest und entschlossen, vom Marxismus - Leninismus gewiesen, den Weg der zur kommunistischen Gesellschaft führt.

Unter dem Titel "Die Leser schreiben" bringen wir nun ständig Beiträge und Meinungen unserer Leser und Freunde.

Mit dem Namen des Einsenders wird nur auf ausdrücklichen Wunsch gezeichnet.

Zuschriften können an die Adresse "Der Kommunist" 1205 Wien, Postfach 3 gerichtet werden.

Die Redaktion.

Fortsetzung von Seite 9

Doch die Erdölarbeiter sind in der Lage, die drohende Gefahr abzuwenden und die Betriebe den Interessen der österreichischen Bevölkerung zu sichern. Dazu ist aber ein entschiedener Kampf notwendig, anders als er jetzt geführt wird. Und in diesem Kampf muß der politischen Seite größtes Augenmerk geschenkt werden.

Der Politik muß der Vorrang eingeräumt werden. Dann werden die Erdölarbeiter erkennen können, wer der Feind ist und wo der Freund ist.
Dann kann auf breiter Grundlage eine Einheitsfront geschaffen werden, deren Kampf zum Sieg führen wird.

Gegenwärtig nehmen alle Fraktionen in den Betriebsräten eine einheitliche Haltung ein, die Gewerkschaft und die SPÖ sowie die KPÖ unterstützen den Standpunkt, den der Zentralbetriebsrat der ÖMV ausgearbeitet und der Bundesregierung übergeben hat und der die Zukunft der ÖMV sichern soll.

Dieser Standpunkt weist entscheidende Mängel auf, welche die Gefahr in sich bergen, daß letzten Endes die anglo-amerikanischen Erdölimperialisten ihre Ziele erreichen werden. Gerade dieser Tatsache muß aber größtes Augenmerk geschenkt werden.

Es gibt derzeit eine Einheitsfront aller Fraktionen. Der Gewerkschaftsbund unterstützt die Forderungen der Erdölarbeiter.

Das war nicht immer so. In den vergangenen Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, die Existenz der ÖMV zu sichern. Diese Versuche sind gescheitert, weil im Gewerkschaftsbund, in der SPÖ-Fraktion und beim ÖAAB niemals ernsthaft daran gedacht wurde, die Kraft der Arbeiterschaft einzusetzen, was allein die Möglichkeit bietet, erfolgreich zu sein.

Die Standpunkte waren jeweils diktiert von Partei- oder Gruppeninteressen und nicht von den Interessen der Erdölarbeiter und der österreichischen Bevölkerung. Man muß sehen, daß die Erdölarbeiter leider nicht den Druck entwickelt haben, der notwendig gewesen wäre, um Parteiführungen und Gewerkschaftsbund von der Richtigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen.

Es besteht die Gefahr, daß die ehrliche Kampfbereitschaft der Arbeiter für Partei- und Gruppeninteressen mißbraucht wird.

Gründe dafür gibt es genug. Die SPÖ bereitet jetzt schon den Wahlkampf der nächsten Nationalratswahlen vor. Und es ist immer gut, wenn man seine "Solidarität" mit den Arbeitern zeigen kann, wie es SP-Vorsitzender Kreisky bei der Demonstration der ÖMV-Betriebsräte auch getan hat. Und daß der ÖAAB - die christlichen Gewerkschaften - in heftige Auseinandersetzungen um Posten etc mit den anderen ÖVP-Bünden verwickelt ist, ist ja bereits ein offenes Geheimnis. Ein Bißchen "Aufmucken" gegen das Parteidiktat hat da schon öfters "geholfen".

Trotzdem! Jetzt besteht hinsichtlich der Pipeline-Verträge eine einheitliche Auffassung. Und der Kampf wird beweisen, wer für die Interessen und wer gegen die Interessen der Erdölarbeiter eintritt.

Durch einen machtvollen Kampf, für dessen Unterstützung die Erdölarbeiter in der ganzen österreichischen Bevölkerung werben müssen, können die anglo-amerikanischen Erdölimperialisten und ihre österreichischen Helfershelfer geschlagen und der Sieg errungen werden.

Die Erdölarbeiter müssen ihre Forderungen aufstellen und sie mit allen Mitteln durchsetzen, selbst wenn es gegen den Willen mancher "Führer" geht. Dann müssen sie den Kampf in die eigenen Hände nehmen.

Der Kampf gegen die Pipeline-Verträge muß gleichzeitig mit dem Kampf für die Erhaltung und die Steigerung der österreichischen Erdölförderung verbunden werden.

In den Gutachten, die vom Gewerkschaftsbund der Regierung unterbreitet wurden, ist davon keine Rede. In den Gutachten wird davon gesprochen, daß die österreichische Förderung in absehbarer Zeit nur 1 Million t bis 1.5 Millionen t Rohöl betragen wird. Das würde bedeuten, daß - egal wie die Pipeline-Verträge abgeschlossen werden- die Existenz vieler Erdölbetriebe gefährdet ist.

Der Bohrbetrieb, die Bau-und Montage, die Zentralwerkstätte,der Fuhrpark und die Förderbetriebe selbst können nur existieren, wenn die österreichische Erdölproduktion aufrecht erhalten und gesteigert wird. Diese Möglichkeit besteht, wenn auch "Fachleute" anderes behaupten.

Dazu ist notwendig, daß ausschließlich der ÖMV die Schurfrechte in allen erdölhöffigen Gebieten Österreichs zuerkannt werden . Solche Gebiete gibt es noch. Wir brauchen keine Ausländer, wir können selbst Erdöl suchen und fördern. Das Erdöl muß aber auch gesucht und gefördert werden.

Es ist falsch, wenn (auch in den Gutachten) erwogen wird "Reserven" für etwaige "schlechte Zeiten" im Boden zu belassen. "Konservieren" wollten die ausländischen Monopole das österreichische Erdöl schon vor 1938, denn so konnten sie mehr mit ihrem eigenen Erdöl verdienen. Je mehr Österreich die eigene Erdölproduktion steigert, umso unabhängiger ist es gegenüber dem Druck der anglo-amerikanischen Erdölimperialisten.

Pipelines und Raffinerien müssen von Österreich selbst gebaut werden. Und schon jetzt muß Sorge getragen werden, daß eventuell benötigte Importe von Erdöl auf der Grundlage des Handels zum gegenseitigen Vorteil gesichert werden.

Es besteht für Österreich überhaupt keine Veranlassung für den Bau von Raffinerien und Pipelines ausländische Gesellschaften heranzuziehen. Es beweist nur die Abhängigkeit Österreichs, daß bereits Verhandlungen getätigt wurden und es nun darum gehen soll "bessere Bedingungen" herauszuschlagen.

Die Vorherrschaft der ausländischen Erdölmonopole auf dem Vertriebssektor muß beseitigt werden.

Österreich wäre nicht das erste Land, das durch Gesetzesbeschluß ausländischen Besitz ablöst. Tankstellenbesitzer können verpflichtet werden, österreichische Erdölprodukte zu verkaufen; ausländische Produkte nur im Rahmen der zusätzlich benötigten Mengen. Der Ausbau des Tankstellennetzes kann ausschließlich von österreichischen Vertriebsfirmen vorgenommen werden.

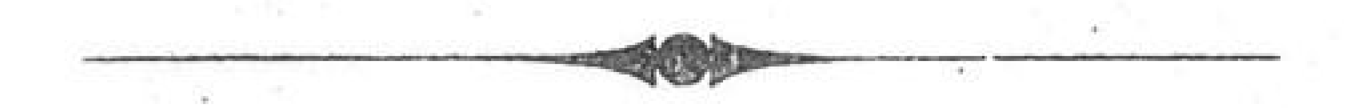
Diese Forderungen sind gerecht und entsprechen den Interessen der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Sie sind weder "undemokratisch", noch gefährden sie die "Freiheitsrechte", wie von der Bourgeoisie immer gesagt wird. Demokratie und Freiheit hat die herrschende Kapitalistenklasse immer nur für sich beansprucht zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung.

Diese Forderungen müssen die Erdölarbeiter zu Forderungen der gesamten arbeitenden Bevölkerung Österreichs machen. Sie müssen Österreichs Arbeiter informieren. Schweigemärsche, wie die

Demonstration der ÖMV Betriebsräte, bei der nicht einmal Flugblätter verteilt oder Parolen gerufen wurden, bringen nichts ein.

Einheitlicher Kampf der Erdölarbeiter gemeinsam mit der gesamten österreichischen Arbeiterschaft, politisch richtig geführt und gepaart mit dem Willen zum Einsatz der ganzen Kraft, wird erfolgreich sein.

Nur so können sich die Erdölarbeiter ihre Arbeitsplätze sichern, nur so kann die Unabhängigkeit Österreichs gegenüber den anglo-amerikanischen Erdölimperialisten gesichert werden.



" PARTEIFREMDE UND PARTEIFEINDLICHE ELEMENTE" so wurden vom SP-Parteivorsitzenden Kreisky jene fortschrittlichen Jugendlichen bezeichnet, die am Vorabend des Ersten Mai beim Fackelzug der Sozialistischen Jugend antiamerikanische Losungen getragen und gerufen haben.

Kreisky ließ auch dafür sorgen, daß diese Losungen am nächsten Tag von der SP-Maidemonstration entfernt wurden. Dazu bediente er sich der Behörden.

Von Kreisky und seinen Helfern ist nichts anderes zu erwarten. Sie dienen dem Kapital, sie gehören ja selbst dazu.

Jenen aber, die Losungen getragen haben, wie: "Johnson ist ein Mörder" usw. rufen wir zu: Beherzigt Kreisky's Worte, Ihr seid ja wirklich "parteifremd" und "parteifeindlich". Denn diese Partei ist Euch fremd und feindlich. Wenn Ihr das erkannt habt, dann werdet Ihr auch die Demagogie durchschauen, die Euch gegenüber betrieben wird.

Die Losung gilt: AUFRECHTE REVOLUTIONÄRE, VEREINIGEN WIR UNS !

"VOLKSSTIMME" KRITISIERT CASTRO

Die "Volksstimme" vom 23. 4. 1967 zitierte Ausschnitte einer Rede Castros, in der dieser ausführte, daß der Freiheitskampf in Lateinamerika mehrere "Vietnam" mit sich bringen werde.

Eine derartige Äußerung können Revisionisten natürlich nicht unwidersprochen hinnehmen. Die Redaktion der "Volksstimme" stellte vielmehr fest, daß sie sich einer solchen Meinung nicht anschließen könne.

Nun, Fidel Castro und seine Linie entsprechen nicht unserer Meinung. Mit dieser Behauptung hat er aber recht; aber schon allein ein falscher Zungenschlag versetzt die Pazifisten vom Höchstädtplatz in große Erregung.

Sollten noch Unklarheiten über das Motto dieser Leute bestehen, können wir sie beseitigen. Es lautet:

WO IMMER ES NUR MÖGLICH IST, IST DER KAMPF GEGEN DEN AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS ZU VERMEIDEN!

1. MAI 1967

Oberflächlichen Beobachtern mag der 1. Mai 1967 in keiner Weise anders erschienen sein als vorhergegangene in der II. Republik.

Trotzdem waren zwei Tendenzen unverkennbar. Auf der einen Seite die Versuche der bürgerlichen Reaktion, den 1. Mai entgültig zum "Feiertag" zu stempeln und seine revolutionäre Vergangenheit vergessen zu machen, auf der anderen Seite das Auftreten der Kräfte, denen eben diese Tradition heilig ist.

Terminmäßig war die Reaktion begünstigt. Daher hatte sie so manchen Erfolg bei der Propagierung des verlängerten Wochenendes als "günstigen Ausflugstermin". Nicht wenige Arbeiter, ja sogar Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, vom opportunistischen Gedankengut der SPÖ und den revisionistischen Theorien der KPÖ verseucht, zogen es vor, ins "Grüne" zu ziehen.

Demgemäß gestalteten sich auch die Aufmärsche der SPÖ und der KPÖ, die überhaupt nichts mehr von dem Geist verspüren ließen, der einst, anläßlich von Maidemonstrationen der österreichischen Arbeiter, die Bourgeoisie erzittern ließ.

Nicht mehr zu überhören waren aber die Stimmen der revolutionären Arbeiterschaft.
Am 1. Mai 1967 fand auch eine Kampfdemonstration von revolutionären Arbeitern Wiens statt.

Organisiert war sie von den jungen Genossen der Zeitschrift "Funke", und die Aufmerksamkeit, die seitens der Reaktion dieser Kampfdemonstration gewidmet wurde, zeigt ihre Bedeutung.

Sämtliche Redner der Abschlußkundgebung betonten die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterschaft und ihre Bereitschaft dazu. Als Hauptredner der Veranstaltung sprach Genosse Jakob Rosner, ehemaliges ZK-Mitglied der KPÖ, der es als eine Hauptaufgabe der österreichischen Arbeiterschaft bezeichnete, sich vom Einfluß der Führung der SPÖ und der KPÖ zu befreien und die Bildung einer revolutionären Partei der Arbeiterschaft, einer Partei der Kommunisten, in Angriff zu nehmen.

Er führte aus, daß in den Parteihauptquartieren in der Löwelstraße und am Höchstädtplatz, die Klassenpolitik der Bourgeoisie betrieben wird, daß dort die Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterschaft sitzen.

Die gesellschaftlichen Widersprüche sind in ganz Österrreich im Wachsen. Überall befinden und regen sich Kräfte, die sich gegen die herrschende Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse wenden.

Auch diese Maikundgebung gehört dazu. Sie berechtigt zu der Annahme, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, die revolutionären Kräfte in Österreich zu sammeln und zu formieren.

-·-·-·-

Dieser Zeitung liegen keine Erlagscheine für die Post bei, sondern Zahlscheine. Spenden und Abonnements können auch damit bezahlt werden. Allerdings nur bei Banken, Sparkassen, Raiffeisenkassen, etc. Wir verwenden diese Zahlscheine fallweise, da wir uns pro Einzahlung S 0,37 ersparen.

„Der Kommunist", revolutionäres Arbeiterorgan. Eigentümer, Verleger und Herausgeber JOCHA Alfred, Dresdner Straße 48/4/7, 1200 Wien. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: TREITL Herbert, Czerningasse 15, 1020 Wien. P. b. b. Erscheinungsort Wien. Verlagspostamt 1200.